

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

23. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 24. bis 26. August 2014 in Olsztyn, Polen

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Ablauf der Konferenz	2
2. Konferenzöffnung	3
3. Erster Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion	3
4. Zweiter Sitzungsabschnitt: Umwelterbe/ Umweltherausforderungen	4
5. Dritter Sitzungsabschnitt: Kulturelles Erbe der Ostseeregion – Orientierung für eine gute Partnerschaft	4
6. Vierter Sitzungsabschnitt: Die Ostseeregion auf der Suche nach einer harmonischen und nachhaltigen Zukunft	5
7. Konferenzresolution der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)	6

1. Ablauf der Konferenz

Die 23. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) fand auf Einladung des polnischen Parlaments vom 24. bis 26. August 2014 in Olsztyn statt. Der Delegation des Deutschen Bundestages gehörten folgende Mitglieder an:

Abgeordneter **Franz Thönnnes** (SPD), Delegationsleiter

Abgeordneter **Thomas Stritzl** (CDU/CSU), stellvertretender Delegationsleiter

Abgeordneter **Thomas Stein** (CDU/CSU)

Abgeordnete **Sonja Steffen** (SPD)

Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

An der 23. Jahrestagung der BSPC nahmen Parlamentarierinnen und Parlamentarier der nationalen und regionalen Parlamente der elf Ostseeanrainerstaaten, des Ostseerates, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments sowie Vertreter der Europäischen Kommission, der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und zahlreiche Beobachter von Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und anderen Vereinigungen teil.

Das übergeordnete Thema der Konferenz lautete „Die Ostseeregion: Streben nach einem harmonischen Miteinander“. Die Delegierten befassten sich in vier Sitzungsabschnitten mit den Themen „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Umwelterbe/Umweltherausforderungen“, „Kulturelles Erbe der Ostseeregion – Orientierung für eine gute Partnerschaft“ und „Die Ostseeregion auf der Suche nach einer harmonischen und nachhaltigen Zukunft“.

Vor Beginn der Jahreskonferenz hatte der Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der BSPC, Abg. Franz Thönnnes, wie schon in den Vorjahren zu einer Sitzung der deutschen Delegationen eingeladen, an der neben der Delegation des Deutschen Bundestages auch die Delegationen der Länderparlamente Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein teilnahmen. Die Delegation der Hamburgischen Bürgerschaft reiste erst am folgenden Tag an und Bremen war auf der diesjährigen Konferenz nicht vertreten. Die Sitzung diente dazu, unterschiedliche Standpunkte der deutschen Delegationen zu identifizieren und zu harmonisieren, um einen möglichst einheitlichen deutschen Konferenzbeitrag zu erreichen. Im Rahmen dieser Delegationssitzung berichtete zudem der Stellvertreter der Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Herr Rainer Ess, über die politische und wirtschaftliche Lage des Gastlandes.

In der Sitzung des Ständigen Ausschusses, welcher vor der Konferenzöffnung tagte, wurde der Konferenzablauf besprochen und die Nachbesetzung des zum 1. Oktober 2014 scheidenden Generalsekretärs der BSPC, Jan Widberg, diskutiert. In der Geschäftsordnung (GO) sind keine besonderen Regelungen für diesen Fall vorgesehen. Punkt 6.1 der GO besagt, dass der Ständige Ausschuss die Verwaltung der BSPC erörtert und hierzu Beschlüsse trifft. Die deutschen Delegationen drängten auf ein transparentes Verfahren zur Nachbesetzung. Man einigte sich auf eine Ausschreibung der Stelle in den Mitgliedsparlamenten unmittelbar nach der Konferenz mit einer Bewerbungsfrist bis zum 19. September 2014. Außerdem erörterte der Ständige Ausschuss den Resolutionsentwurf und Änderungsanträge der Delegationen aus Polen, Schweden und den baltischen Staaten, welche eine Erwähnung der Ukrainekrise in der Präambel beantragten. Die beiden Delegationen aus der russischen Föderation lehnten zunächst jede Aufnahme eines Abschnittes zur Ukrainekrise mit dem Hinweis ab, dass es sich dabei lediglich um eine innere Angelegenheit der Ukraine handele.

Der Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages, **Franz Thönnnes**, vertrat die Auffassung, dass, wenn es aufgrund der Haltung der russischen Delegationen nicht zu einem Konsens mit einem Verweis auf die Ukraine in der Resolution kommen würde, die Delegierten, die anderer Meinung sind, diese auf jeden Fall in Diskussionsbeiträgen zur Ukrainekrise im Plenum deutlich machen sollten. Es dürfte aufgrund des Konsensprinzips der BSPC wohl schwierig sein, in diesem Forum eine von allen getragene Formulierung zur Situation in der Ukraine zu finden. Da die Antragsteller jedoch auf eine Aufnahme der Erwähnung der Ukrainekrise bestanden, wurde in einer langen und intensiven Diskussion um die Formulierung gerungen und schließlich ein für alle tragbarer Kompromiss gefunden (Präambel Nr. d).

In der abschließenden Plenarsitzung der Jahrestagung verabschiedeten die Delegierten im Konsens die unter Punkt 7. abgedruckte Resolution und beschlossen das Arbeitsprogramm 2014 bis 2015 der BSPC. Darauf dankte der Vorsitzende der Ostseeparlamentarierkonferenz, Delegierter **Ryszard Górecki**, allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Beiträge.

Zur neuen Vorsitzenden der BSPC wurde die Präsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, **Sylvia Bretschneider**, gewählt. Sie dankte für ihre Wahl und lud zur 24. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 30. August bis 1. September 2015 nach Rostock-Warnemünde ein.

2. Konferenzeröffnung

Die Konferenz wurde von dem Vorsitzenden der Ostseeparlamentarierkonferenz und Leiter der Delegation des polnischen Parlaments, **Ryszard Górecki**, eröffnet. Er hieß die Delegierten herzlich in seiner Heimatstadt Olsztyn willkommen.

In seiner Begrüßungsansprache hob der Präsident des Senats der Republik Polen, **Bogdan Borusewicz**, die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Bewältigung derzeitiger Probleme hervor. Der Ostseeraum sei dafür ein gutes Beispiel und die EU der Motor und Stabilisator dieser Entwicklung. Mit Blick auf die Krise in der Ukraine konstatierte er, dass Harmonie auf Vertrauen basiere und man die Errungenschaften und das gemeinsame kulturelle Erbe nicht aufs Spiel setzen dürfe.

Der Marshall der Woiwodschaft Ermland und Masuren, **Jacek Protas**, stellte in seiner Begrüßungsansprache die wirtschaftliche Kraft und das Potential der Region dar und erläuterte die Ziele der Regionalverwaltung bei der nachhaltigen Entwicklung des Wirtschafts-, Technologie- und Tourismusstandortes.

3. Erster Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion

Zu Beginn berichtete der Vorsitzende, **Ryszard Górecki**, über die Tätigkeit der Ostseeparlamentarierkonferenz im vergangenen Jahr, hob die Errungenschaften der länderübergreifenden Zusammenarbeit im Ostseeraum seit Gründung der BSPC im Jahr 1991 hervor und beschrieb die besorgniserregenden Ereignisse und gemeinsamen Herausforderungen in der östlichen Nachbarschaftsregion. Nur durch einen intensiven politischen Dialog sei man in der Lage, Initiativen zur Lösung der Probleme zu finden und neues Vertrauen aufzubauen. In Polen habe man erkannt, dass Reformen für die Stabilität eines Landes wichtig seien. Die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre habe man so überwunden und Polen sei heute eines der wirtschaftlich stärksten Länder der Region. Um auch in Zukunft eine nachhaltige Entwicklung der Region weiter zu entwickeln und eine kohärente Politik zu erreichen, unterstrich er die Notwendigkeit eines verbesserten und strukturierteren Dialogs zwischen den Akteuren im Ostseeraum. Dabei seien Innovationen eine zentrale Triebkraft zur Förderung des sozialen Wohlstands.

Für den Ostseerat stellten dessen scheidende finnische Präsidentin, Satu Mattila, und sein zukünftiger estnischer Präsident, Rau Mälk, das Erreichte bzw. die Ziele für die kommende Präsidentschaft vor. Besonders aktiv sei man im Bereich der Entwicklung eines sauberen Seeverkehrs durch alternative Treibstoffe gewesen, berichtete **Satu Mattila**. Bei den Ostseetagen im Juni 2014 in Turku sei dazu ein Fahrplan für die Implementierung grüner Technologien in diesem Bereich erarbeitet worden. Weitere Schwerpunkte der finnischen Präsidentschaft seien die zivile Sicherheit, hierbei insbesondere die Nuklear- und Strahlensicherheit und die Zusammenarbeit bei Grenzkontrollen, sowie die Einbindung der Zivilgesellschaft in die regionalen Kooperationen gewesen. Abschließend berichtete Satu Mattila, dass der Ostseerat folgende neue Prioritäten beschlossen habe: Nachhaltige und wohlhabende Region, regionale Identität sowie Sicherheit in der Region.

Rau Mälk unterstrich, dass die estnische Präsidentschaft das Ziel habe, das Wirtschaftswachstum zu sichern und politische Stabilität zu erhalten. Man plane zu allen drei beschlossenen Prioritäten eigene Veranstaltungen, um die formulierten Ziele zu erreichen. Nach der estnischen Präsidentschaft wird der Vorsitz auf Polen übergehen.

Weiter berichteten **Dr. Lina Marcinkute** aus der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission über die Entwicklungen im Rahmen der EU-Ostseestrategie, **Harry Liiv**, Vorsitzender der Helsinki-Kommission, über den Stand der Implementierung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes, **Valentina Pivnenko**, Abgeordnete der Duma, über die Strategie der sozio-ökonomischen Entwicklungen im Nord-West Distrikt der Russischen Föderation, **Päivi Kärnä** und **Daria Akhutina** vom NGO-Forum im Ostseeraum, sowie **Rumen Gechev** von der Parlamentarischen Versammlung des südosteuropäischen Kooperationsprozesses.

Abschließend berichtete **Alexandra Ehlers** vom Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten und warb um die Unterstützung der Parlamentarier für die Sicherung der Finanzierung des Ostseejugendsekretariates und für ein Ostseejugendforum. Das Sekretariat sei 1999 als Koordinierungsstelle beim Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V. angesiedelt worden. Alle Ostseeanrainer hätten es bis 2012 gemeinsam finanziert, in den letzten beiden Jahren sei die Finanzierung aus Geldern der *Seed Money*-Fazilität der EU-Strategie für den Ostseeraum geleistet worden. Zukünftig sei die Finanzierung des Ostseejugendsekretariats nicht gesichert und man benötige dringend finanzielle Unterstützung. Frau Ehlers warb eindringlich bei den Parlamentariern dafür, die ausgezeichnete Arbeit

des Sekretariats für die Zukunft zu sichern. Dazu benötige man eine verlässliche Finanzierung in Höhe von 61 000 Euro für den Zeitraum 2015 bis 2017.

In der folgenden Diskussion unterstrich der Vizepräsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages, **Bernd Heinemann**, die Bedeutung der Arbeit des Jugendsekretariats als Basis zukünftiger Entwicklung. Die Jugendarbeit sei die Grundlage für eine friedliche Kooperation in der Region. Er bat die Teilnehmer darüber nachzudenken, wie eine erneute Ko-Finanzierung durch alle Teilnehmerstaaten erreicht werden könne.

Jochen Schulte, Delegierter aus Mecklenburg-Vorpommern und Berichterstatter der BSPC für maritime integrierte Politik, berichtete über eine beispielhafte Zusammenarbeit der Exekutive und der Legislative beim Europäischen Tag der Meere (Mai 2014, Bremen). Man sei einig gewesen, dass zur nachhaltigen und sauberen Nutzung der Meeresressourcen blaue Technologien weiter zu entwickeln seien. Hierzu bedürfe es enger Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, worüber man sich in der Arbeitsgruppe „*Working together for a clean, smart and safe Baltic Sea*“ verständigt habe.

Neben anderen Delegierten, die das Verhalten der Russischen Föderation gegenüber der Ukraine kritisierten, erläuterte auch Abg. **Franz Thönnies** im Plenum seine Sichtweise über die Ukrainekrise. Mit der Schlussakte von Helsinki, dem Ergebnis des KSZE-Prozesses, habe man Lehren aus den Ereignissen der Vergangenheit gezogen. Die Jahrestage zum Beginn des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und zum Fall der Berliner Mauer und die damit verbundenen zahlreichen Gedenkveranstaltungen, belegten dieses eindrucksvoll. Mit deutlichen Worten verurteilte Abg. Franz Thönnies die Annexion der Krim durch die Russische Föderation und bezeichnete deren Verhalten als einen Bruch des Völkerrechts und die Schlussakte von Helsinki 1975. Die Vorgehensweise sei inakzeptabel. Eine militärische Lösung des Konfliktes sei keine Option. Alle Beteiligten müssten eine Lösung im Dialog finden. Man erwarte, dass künftig wieder die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki eingehalten werden. Die Kooperation in der Ostseeregion dürfe durch die Ukrainekrise nicht aufs Spiel gesetzt werden.

4. Zweiter Sitzungsabschnitt: Umwelterbe/Umweltherausforderungen

Zu Beginn des zweiten Sitzungsabschnittes wurde den Delegierten der Kurzfilm „*Castaways*“ über das Verschwinden des Aralsees gezeigt.

Der Chefinspektor des polnischen Umweltschutzes, **Andrzej Jagusiewicz**, berichtete über die Verschmutzung der Ostsee und der Leiter des Instituts für Ozeanologie der polnischen Wissenschaftsakademie, **Jacek Beldowski**, erklärte das Vorgehen zum Auffinden und zur Überwachung verklappter chemischer Waffen in der Ostsee. Der Vorsitzende des Instituts für Meeressysteme der Universität Tallin, **Prof. Dr. Urmas Lips**, berichtete über Strategien zur Verbesserung der Wasserqualität der Ostsee basierend auf neuen Ansätzen regionaler Zusammenarbeit. Delegierte **Christina Gestrin** (Finnland) mahnte, dass die Eutrophierung der Ostsee das ernsthafteste Problem der Ostsee sei. Im letzten Jahrhundert sei die Nährstoffbelastung der Ostsee drastisch angestiegen. Ursachen dafür seien neben externen Quellen wie Landwirtschaft, Industrie und städtische Abwässer zunehmend auch interne Phosphorquellen aufgrund sauerstoffarmer Meeresböden. Schon 2006 habe die BSPC hierzu eine Arbeitsgruppe gegründet um öffentliches Bewusstsein für die Problematik zu schaffen. Im Jahr 2007 sei von den Ostseeanrainern ein HELCOM-Aktionsplan verabschiedet worden, mit dem Ziel ein gesundes ökologisches Gleichgewicht der Ostsee wiederherzustellen. Sie unterstrich die dringende Notwendigkeit, im Bemühen die Wasserqualität der Ostsee weiter zu verbessern, nicht nachzulassen. Bedauerlicher Weise seien vonseiten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie der Nordic Investment Bank aufgrund der Ukrainekrise die Finanzierung von Projekten in der Russischen Föderation eingestellt worden. Die Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und den weiteren Ostseeanrainern sowie mit Weißrussland und der Ukraine sei aber zum Schutz der Ostsee von großer Bedeutung.

In der sich anschließenden Diskussion wies Delegierter **Dietmar Eifler** (Mecklenburg-Vorpommern) auf die Erfolge des Landes bei der Bekämpfung der Eutrophierung hin. Mit einem landesweiten Strategiepapier an dessen Ausarbeitung Experten und Interessenvertreter beteiligt gewesen seien, habe man gute Erfolge erzielt und plane dieses Konzept in den kommenden Jahren fortzuführen. Auch das Moorschutzprogramm zur Wiedervernässung von Moorstandorten trage zur Minderung der Nährstoffeinträge in die Ostsee bei. Zukünftig sei es wichtig, die zunehmende Verschmutzung der Meere mit Plastikmüll zu thematisieren.

5. Dritter Sitzungsabschnitt: Kulturelles Erbe der Ostseeregion – Orientierung für eine gute Partnerschaft

Dieser Sitzungsabschnitt begann mit einem Impulsreferat von Staatssekretär im polnischen Ministerium für Kultur und Nationales Erbe, **Piotr Zuchowski**, über die Kultur als Antriebsmotor für eine verstärkte Zusammenarbeit

im Ostseeraum. **Prof. Henryk Samsonowicz** erläuterte die Bedeutung der Ostsee für die polnisch-deutschen Beziehungen im Mittelalter und **Prof. Jörg Hackmann**, Universität Stettin, sprach über das Projekt des Ostseegegeschichtsbuches, welches in einem sehr breiten Ansatz auf transnationale Identitätenbildung ausgerichtet sei. Somit sollten nationale Diskurse unterschiedliche Erzählungen aufzeigen und ethnozentrischen Weltansichten begegnet werden. Auch dieses Projekt sei Teil der EU-Ostseestrategie.

Auch die Ministerin für Justiz, Kultur und Europäische Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, **Anke Spoorendonk**, referierte über neue Prioritäten im Kulturbereich im Rahmen der EU-Ostseestrategie und über die Bedeutung der Kultur für die Zusammenarbeit im Ostseeraum. Kultur sei ein Schwerpunktthema der EU-Ostsee-strategie unter der gemeinsamen Federführung von Polen und Schleswig-Holstein. Dabei hob sie die Förderung und Sichtbarmachung der Kultur und die Pflege des kulturellen Erbes sowie die Stärkung der kulturellen Identität und eine effektivere kulturelle Zusammenarbeit im Ostseeraum als Ziele der EU-Ostseestrategie hervor. Mit Leuchtturmprojekten wie der Erstellung eines Ostsee-Atlas im Bereich Kultur und einer virtuellen Akademie zur Wissensvernetzung wolle man den Kulturdialog im Ostseeraum weiter fördern. Der Ukraine Konflikt dürfe nicht zu Sprachlosigkeit führen, sondern müsse zum verstärkten Dialog auch zwischen Minderheiten genutzt werden. Als Mitglied einer Minderheitenpartei trage sie Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein. Dieses sei ein schöner Beleg dafür, dass Minderheitenpolitik eine Art der Friedenspolitik sei. Minderheiten und regionale Identitäten gehörten zum Ostseeraum und seien identitätsstiftend.

Der Direktor der Abteilung für den Schutz der kulturellen Vielfalt des Nationalen Amtes für Antiquitäten in Finnland, **Mikko Härö**, hob die Mehrdimensionalität des kulturellen Erbes hervor und bezeichnete es in diesem Zusammenhang als eine Infrastrukturressource, welche von Generation zu Generation weitergegeben werde, da es alle Aspekte der Umwelt als Ergebnis der Interaktion zwischen Menschen, Orten und der Natur beinhalte. Die Direktorin des Meeresmuseums Åland, **Dr. Hanna Hagmark-Cooper**, sprach zum maritimen Kulturerbe und stellte in diesem Zusammenhang die Rolle ihres Meeresmuseums als Hüter des materiellen und immateriellen maritimen Kulturerbes heraus. Abschließend erläuterte die Expertin der lettischen UNESCO-Nationalkommission und stellvertretende Professorin an der lettischen Kulturakademie, **Anita Vaivade**, die Perspektiven der regionalen Zusammenarbeit beim immateriellen kulturellen Erbe. Seit etwa einer Dekade wird dem immateriellen kulturellen Erbe ein gesteigertes Interesse entgegen gebracht, so dass sich in der Folge auch die nationale Gesetzgebung dazu verändert wurde. Frau Anita Vaivade warb dafür, im Rahmen der Kulturpolitik ein besonderes Augenmerk auf lebende kulturelle Traditionen zu legen, dabei jedoch auch Querverweise zu anderen Bereichen wie dem Tourismus aufzuzeigen.

In der Diskussion dankte Abg. **Franz Thönnnes** für die interessanten Impulsreferate, die zeigten, wie vielfältig die gemeinsame Geschichte im Ostseeraum sei. Die Jugend und das maritime Kulturerbe seien zwei wichtige verbindende Elemente im Ostseeraum. Nachdrücklich bat Abg. Franz Thönnnes um die Unterstützung der Delegationen zur Finanzierung des Jugendsekretariates und der Etablierung eines Ostseejugendforums. Des Weiteren setzte er sich dafür ein, die Traditionsschiffahrt zu erhalten und warb eindringlich dafür, diese nicht durch die Gleichstellung mit wirtschaftlicher Schifffahrt aufgrund geltender Normen und Gesetze unmöglich zu machen. Tradition sei nicht das Bewahren der Asche, sondern das Schüren der Flamme, und Kultur sei die Triebfeder, welche die Gesellschaft zusammenhalte und immer wieder zusammenführe. Delegierter **Dr. André Brie** (Mecklenburg-Vorpommern) hob das gemeinsame kulturelle Erbe als charakteristisches und verbindendes Merkmal in der Ostseeregion hervor. Ein Beitrag, den das Land Mecklenburg-Vorpommern dazu leiste, sei das EU-Projekt „Baltic Museums 2.0 plus“, bei dem länderübergreifend mehrsprachige Museumsführer entwickelt würden, um Museumsbesuchern einen interaktiven Besuch zu ermöglichen.

6. Vierter Sitzungsabschnitt: Die Ostseeregion auf der Suche nach einer harmonischen und nachhaltigen Zukunft

Frau **Kinga Dudzińska**, Polnisches Institut für internationale Angelegenheiten, stellte die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des bilateralen Abkommens über den kleinen Grenzverkehr zwischen Danzig, Olsztyn und Kaliningrad vor. Des Weiteren berichtete ein Vertreter des republikweiten Instandhaltungs- und Bauunternehmens *Dnepeo-Bug Waterway* der Republik Weißrussland, **Nikolaj Kotecki**, über die Wiederinstandsetzung und Bedeutung des Wasserwegs E 40 von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Der freie Journalist **Dr. Leszek Melibruda** stellte seine wissenschaftliche Arbeit vor und erörterte den Delegierten seine Thesen zu den Entwicklungen in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Er kam dabei zu dem Schluss, dass das Verständnis des Begriffs „Vertrauen“ in die Krise geraten sei. In der heutigen Welt gewinne zunehmend der Besitz an Bedeutung, anstelle des Seins, wodurch sich das soziale Vertrauen stark verändere. In Zeiten politischer und wirtschaftlicher Krisen nehme der Wert der persönlichen Freiheit zu und das soziale Vertrauen ständig ab.

Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Innovationen im Sozial- und Gesundheitswesen der BSPC, Delegierte **Olaug Bollestad** (Norwegen), stellte den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe vor. Die Arbeitsgruppe wurde am 27. August 2013 auf der 22. Jahreskonferenz eingesetzt und verfolgt das Ziel, politische Positionen und Empfehlungen an die nationalen Regierungen auszusprechen, um Innovationen im Sozial- und Gesundheitswesen zu befördern. Delegierte Olaug Bollestad erläuterte, dass Innovationen im Sozialwesen und der Gesundheitsversorgung das Mittel seien, die Versorgung mit und den Zugang zu qualitativ hochwertiger und angemessener Versorgung zu Sozial- und Gesundheitsdiensten der Bevölkerung im Ostseeraum sicherzustellen, und dieses besonders in Zeiten sich verändernder Demographie und Krankheitsbilder sowie eingeschränkter finanzieller Ressourcen. In einem Entwurf für ein Abschlussdokument der Arbeitsgruppe wurden elf politische Empfehlungen gefordert. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten werden dazu aufgefordert, Strategien und Aktionspläne auszuarbeiten mit dem Ziel, das Umfeld für Innovationen zu verbessern.

In der Debatte äußerte sich die Delegierte **Silke Gajek** (Mecklenburg-Vorpommern) kritisch zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Aus den Erfahrungen, die sie in der Enquete-Kommission des mecklenburgischen Landtages zum Thema „Älterwerden in Mecklenburg-Vorpommern“ gemacht habe, empfehle sie der Arbeitsgruppe der BSPC Strategien zu thematisieren, mit denen die Selbstbestimmung und Verantwortung der Beteiligten gestärkt werden könne.

7. Konferenzresolution der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, gewählte Vertreter der Staaten der Ostseeregion*, die vom 24. bis 26. August 2014 in Olsztyn (Polen) zusammengekommen sind,

- a. die Themen „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Umweltbilanz“, „Ostsee-Kulturerbe“, „Eine nachhaltige Zukunft für die Ostseeregion“ und „Innovationen im Sozial- und Gesundheitswesen“ erörternd,
- b. feststellend, dass die parlamentarische Dimension einen integralen Bestandteil der Zusammenarbeit in der Ostseeregion bildet, der sowohl die Zusammenarbeit stärker demokratisch legitimieren als auch konkrete politische Beiträge und Unterstützung dafür leisten kann,
- c. in Bekräftigung ihrer Unterstützung für den Ostseerat (CBSS), unter Begrüßung der neuen langfristigen Prioritäten des Ostseerats sowie der Bemühungen der finnischen Präsidentschaft des Ostseerats um die Verbesserung der Kohärenz der regionalen Zusammenarbeit in der Ostseeregion und in Würdigung der Fortschritte und Errungenschaften des Ostseerats beispielsweise im Bereich der nachhaltigen Entwicklung, der sauberen Schifffahrt, der Arbeitsmarktmobilität, des Kulturerbes, der Bekämpfung des Menschenhandels und der zivilen Sicherheit,
- d. zutiefst besorgt über die Krise in der Ukraine und alle Schritte, die zu einer friedlichen Lösung der Krise beitragen können, begrüßend,

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die Bedeutung der Fortführung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, einschließlich der Nördlichen Dimension, und der Beibehaltung des offenen, breiten und vertrauensbildenden Dialogs innerhalb der vorhandenen Netze und Institutionen zu betonen;
2. konzertierte Anstrengungen zu unternehmen, um die Kohärenz zwischen den übergreifenden Strategien für die Ostseeregion wie der EU-Strategie für den Ostseeraum und der Strategie Russlands für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Föderalen Verwaltungsbezirks Nordwest zu stärken (NW2020);
3. die EU-Strategie für den Ostseeraum und andere regionale Initiativen in vollem Umfang zu nutzen, um eine nachhaltige Agenda für „Blaues Wachstum“ in der Ostseeregion umzusetzen, die Wachstum und Beschäftigung für die maritime Wirtschaft fördert;
4. konkrete Schritte zu unternehmen, um die Synergie, Effizienz, Kohärenz und Gesamtleistung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion zu steigern, indem der Informationsaustausch, die Arbeitsteilung und die eigentliche Koordinierung der Aktivitäten verbessert wird, unter anderem durch die Weiterentwicklung eines strukturier-

* Die Parlamente Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, Kaliningrads, Lettlands, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, der Baltischen Versammlung, des Nordischen Rates.

ten Dialogs zwischen relevanten Organisationen und Formaten; indem die Einsetzung organisationübergreifender Arbeitsgruppen zur Bearbeitung von Fragen von gemeinsamem Interesse gefördert wird; indem auf eine visafreie Zukunft der Ostseeregion hingearbeitet wird, in der möglichst viele Möglichkeiten für zwischenmenschliche Kontakte und grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft sowie der Bereiche Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft geboten werden;

5. eine „Ostsee-Denkfabrik“ zu unterstützen, die sämtliche Mitgliedstaaten der Ostseeparlamentarierkonferenz umfasst und eine breite Basis für die Politikforschung zur gemeinsamen Geschichte und Zukunft der Region schaffen soll;

6. konkrete Maßnahmen zur Förderung ungehinderter zwischenmenschlicher Kontakte und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft und der Bereiche Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft in der gesamten Ostseeregion zu ergreifen, z. B. durch den Abbau oder die Beseitigung von Visabeschränkungen und die Erleichterung von Kontakten für nichtstaatliche Organisationen, die bessere Möglichkeiten haben sollen, ihre Ansichten öffentlich zu machen;

7. das Ostsee-Sekretariat für Jugendangelegenheiten in Kiel bei der Schaffung und Aufrechterhaltung einer ständigen Einrichtung für den Austausch zwischen Jugendlichen in der Ostseeregion zu unterstützen;

im Hinblick auf die Umweltbilanz

8. allen Verpflichtungen nach dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission (HELCOM) uneingeschränkt nachzukommen, um bis 2021 den guten ökologischen Zustand der Meeresumwelt des Ostseeraums ausnahmslos und ohne Aufschiebung vereinbarter Beschlüsse wiederherzustellen, auch den bei dem HELCOM-Ministertreffen 2013 in Kopenhagen verabschiedeten geänderten länderbezogenen Vorgaben zur Nährstoffreduktion;

9. sich darum zu bemühen, Ressourcen für die Implementierung des Ostseeaktionsplans und der Erklärung des HELCOM-Ministertreffens 2013 in Kopenhagen zu mobilisieren und die Ziele des Aktionsplans in die länderspezifischen Programme und Kooperationsprogramme einzubinden und zu priorisieren;

10. Maßnahmen zu unterstützen, die Synergie zwischen Strategien und Programmen für die Ostseeregion und ähnlichen Programmen für andere Regionen schaffen;

11. verstärkte und anhaltende Anstrengungen zu unternehmen, um Schadstoffquellen und Ursachen der Eutrophierung wie die unlängst entdeckten, im Zuge der Düngemittelproduktion entstandenen Gipsabfalldeponien zu ermitteln und zu beseitigen;

12. die wirksame Durchsetzung von Umweltvorgaben für Schiffe in Anerkennung der Tatsache zu unterstützen, dass dies eine entscheidende Voraussetzung für die Förderung ökologischer Nachhaltigkeit ist;

13. mit entschiedenen Bemühungen und zweckbestimmten Mitteln auf die kontinuierliche Verbesserung und Modernisierung der Kapazitäten für die Abwasseraufbereitung in der gesamten Ostseeregion unter Einhaltung der von der HELCOM vereinbarten strengeren Schwellenwerte hinzuwirken und kontinuierliche Bemühungen zur Aufrüstung der Auffangeinrichtungen für Abwässer in Passagierhäfen entsprechend dem Status der Ostsee als Sondergebiet gemäß der MARPOL-Anlage IV der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation anzustrengen;

14. umweltgerechte Anbaumethoden und die besten landwirtschaftlichen Verfahren zu entwickeln, z. B. durch eine gezieltere Düngepraxis, Düngewirtschaft in einem geschlossenen Kreislauf und mit Nährstoffrückführung;

15. den gemeinsamen Raumplanungsfahrplan von HELCOM-VASAB für den Ostseeraum für den Zeitraum 2013-2020 zu unterstützen und alle Anstrengungen zu unternehmen, bis 2020 in der gesamten Ostseeregion maritime Raumordnungspläne zu erstellen und umzusetzen, die grenzübergreifend kohärent sind und dem Ökosystemansatz folgen;

im Hinblick auf das Ostsee-Kulturerbe

16. die Rolle des Kulturerbes als förderliches und begünstigendes Element für die nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt zu stärken und dadurch die Kulturerbe-Politik und die Regionalentwicklungspolitik auf regionaler wie nationaler Ebene enger miteinander zu verzahnen, z.B. durch die Förderung des nachhaltigen Kultur- und Ökotourismus in der gesamten Region;

17. die regionale Zusammenarbeit zur Wahrung und Förderung der kulturellen Vielfalt, darunter Wissensvermittlung, akademische Forschung, Wissenschaftskooperation und Unterstützung für gemeinsame Aktivitäten wie die Monitoring-Gruppe zum kulturellen Erbe, die Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Kultur, den EUSBSR-Schwerpunktbereich Kultur und Ars Baltica, als regionalen Standortvorteil und als Grundlage für eine

inklusive Gesellschaft und Regionalentwicklung auszubauen und damit die Bedeutung von Kunst und Kultur für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und nachhaltige Entwicklung hervorzuheben;

18. die kulturelle Vielfalt der Ostseeregion und ihrer nationalen Minderheiten als Mehrwert und Identitätsmerkmal dieser Region anzuerkennen und dieses Gut zu erhalten und zu fördern, die Minderheiten zu stärken, die Regionalsprachen zu erhalten und den kulturellen Austausch in der Region zu fördern;

19. den Erhalt, die Dokumentierung und Verbreitung des maritimen Kulturerbes in Museen sowie durch andere Akteure und Initiativen im Bereich Kulturerbe zu fördern und zu unterstützen; wenn neue Regelungen und Anforderungen entwickelt werden, ist es wichtig, den Erhalt der traditionellen Schifffahrt zu berücksichtigen, einschließlich eines intensiven Dialogs zwischen den Organisationen der Eigentümer traditioneller Schifffahrtsunternehmen sowie der Unterstützung für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen ihren Organisationen;

20. Projekte zu unterstützen, die traditionelles Wissen und hergebrachte Fähigkeiten erfassen und mit dem Ziel vermitteln, die Ausbildung und ihre Anwendung sowie die Entwicklung von Bildungsprogrammen für den weiteren Erhalt des traditionellen Bootsbaus zu fördern;

21. Projekte und Aktivitäten zum Schutz von Baudenkmalern zu unterstützen, einschließlich von Projekten, durch die die Energieeffizienz in historischen Gebäuden ohne Zerstörung ihres kulturhistorischen Wertes verbessert wird;

22. in den Bereichen Gegenwartskultur und Kreativwirtschaft Dialog und Zusammenarbeit zu fördern und kulturelle Akteure bei Innovationen und branchenübergreifender Zusammenarbeit zu unterstützen;

im Hinblick auf Innovationen im Sozial- und Gesundheitswesen

23. Strategien und Aktionspläne zur Förderung von Innovationen und Unternehmergeist im Sozial- und Gesundheitswesen auf der Grundlage eines Präventionsansatzes und unter enger Einbeziehung der Gesundheitswirtschaft zu erarbeiten und umzusetzen und bei der Entwicklung von Wachstumsstrategien Fragen der Sozialfürsorge und Gesundheitsversorgung auch in die innovative Gesundheitswirtschaft zu integrieren;

24. die sozial- und gesundheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der Ostseeregion zu stärken und systematischer zu gestalten, unter anderem durch eine Prüfung der Möglichkeiten zur Erarbeitung und Umsetzung gemeinsamer sozial- und gesundheitspolitischer Strategien, übertragbarer Modelle für die Bereitstellung von Sozial- und Gesundheitsleistungen, von Modellen und Qualitätsnormen für die öffentliche Beschaffung und gemeinsamen Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung;

25. die Maßnahmen zur Gewährleistung einer ausgewogenen Verteilung von Diensten der Gesundheitsversorgung weiter zu verstärken, z. B. zwischen städtischen und ländlichen Gebieten und zwischen sozioökonomischen Gruppen; die Entwicklung und Anwendung moderner Kommunikationstechnologien wie der Telemedizin ist in dieser Hinsicht besonders relevant;

26. der im Rahmen der Nördlichen Dimension bestehenden Partnerschaft für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen weiter Unterstützung zu gewähren.

Darüber hinaus beschließt die Konferenz

27. das freundliche Angebot des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, die 24. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 30. August bis 1. September 2015 in Rostock-Warnemünde auszurichten, dankbar zu begrüßen.

Berlin, den 6. Mai 2015

Franz Thönnies
Delegationsleiter